

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, den 27. Februar 2007

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführerin: Seidinger

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Dr. Luther, Platzer, Rauscher, Schurer und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Brilmayer, Gietl, Heilbrunner, Krug, Mühlfenzl, Nagler, Riedl, Schechner Andreas, Schechner Martin jun., Schechner Martin sen., und Schuder.

Entschuldigt fehlte Stadtrat Lachner (bis 19.15 Uhr).

Herr König nahm beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

TOP 1

Agenda 21;
Bericht der Agenda-Gruppen

öffentlich

Vertreterinnen und Vertreter der drei Agenda-Gruppen berichteten über ihre Arbeit im vergangenen Jahr:

AK Natur

Frau Moder und Herr Reinelt stellten die Arbeit des AK Natur vor. Folgende Aktionen fanden im letzten Jahr statt:

- Antrag zur Novellierung des Flächennutzungsplanes
- Pflege der Wildobststation
- Weitere Rosenpflanzungen am Marienplatz wurden in die Wege geleitet

AK Konsummuster, Energie, Lebensstil und Gesundheit:

Frau Goldner und Frau Schmidberger berichteten von folgenden Aktionen des Arbeitskreises:

- Planung einer Informationsveranstaltung zum Thema Gentechnik (musste jedoch aufgrund der Komplexität des Themas aufgegeben werden)
- Weiterverfolgung der Anträge bzgl. umweltfreundlicher Energieversorgung im Baugebiet Friedenseiche V
- Sammelaktion Thermografie; 40 Haushalte haben sich bisher angemeldet
- Künftige Aktionen zum Thema „Kalk im Trinkwasser“ und „Ökologischer Fußabdruck“

AK Verkehr und Siedlungsformen

Frau Neugebauer stellte die Arbeit des AK Verkehr und Siedlungsformen vor. Folgende Aktionen fanden im letzten Jahr statt:

- Vertretung der Belange aller schwächeren Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer
- Erstellung einer umfangreichen Vorschlagssammlung zum integrierten Verkehrskonzept

Für die Zukunft bat Frau Neugebauer den Stadtrat um die Verwirklichung des Radweges entlang dem Gleisbogen hinter der Zulassungsstelle, die Wiederaufnahme der Überwachung des ruhenden Verkehrs sowie eine verbesserte Beschilderung zur A94 am Marienplatz.

Bürgermeister Brilmayer bedankte sich bei den Agenda-Gruppen für den Bericht und das Engagement im vergangenen Jahr.

TOP 2

Überörtlicher Verkehr;

a) Fortgang der Bauarbeiten B 304

b) Künftige Entwicklungen bezüglich des Nord-Süd-Verkehrs

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Ltd. Baudirektor Klaus Rehm sowie den zuständigen Abteilungsleiter Heinz Dirnhofer, beide vom Straßenbauamt Rosenheim.

zu a)

Herr Dirnhofer berichtete über den aktuellen Stand der Bauarbeiten an der Ebersberger Südumgehung. Er informierte den Stadtrat darüber, dass es im Laufinger Moos Schwierigkeiten mit dem Untergrund gebe und deshalb der Planfeststellungsbeschluss geändert werden müsse. Konkret handelt es sich dabei vor allem um den Ersatz von Lärmschutzwällen durch Lärmschutzwände. Herr Dirnhofer versicherte, dass dabei sowohl auf die Belange der Anwohner als auch auf das Landschaftsbild Rücksicht genommen werde. Als Träger öffentlicher Belange wird die Stadt an der Planänderung beteiligt. Mit einer Fertigstellung der gesamten Südumgehung wird bis Ende des Jahres 2009 gerechnet.

Auf eine Anfrage aus der Mitte des Stadtrates bezüglich der Verwirklichung der Fußgängerunterführung bei der Kumpfmühle, versprach Herr Rehm zu prüfen, ob diese Maßnahme aufgrund der besonderen Gefährlichkeit an dieser Stelle vorgezogen werden kann.

zu b)

Herr Rehm berichtete anhand einer Powerpointpräsentation über den „Ausbauplan Staatsstraßen“ der bayerischen Staatsregierung und hier im Besonderen über die Staatsstraße 2080 Rosenheim-Erding. Die verschiedenen Baumaßnahmen sind in Dringlichkeitsstufen eingeordnet. In der 1. Dringlichkeit steht u.a. die Umgehung von Grafing, sie soll bis 2010 verwirklicht werden. In der Stufe 1. Dringlichkeit, Reserve - diese Maßnahmen sollen von 2010 bis 2015 umgesetzt werden – ist die Ortsumgehung Ebersberg enthalten. Die Ortsumfahrung Schwaberwegen ist in die 2. Dringlichkeit eingestuft, mit einem Realisierungszeitpunkt nach 2015. Es sei aber derzeit schon absehbar, dass sich die Abwicklung von Projekten der 1. Dringlichkeit verzögere und damit auch die nachfolgenden Maßnahmen später als vorgesehen verwirklicht werden können.

Herr Rehm kündigte an, dass etwa in der zweiten Jahreshälfte 2007 mit einer Machbarkeitsstudie zur Nord-Süd-Umfahrung Ebersberg begonnen werde. Im Wesentlichen wird dabei die Verkehrswirksamkeit, die Umweltverträglichkeit und die Wirtschaftlichkeit bei der Wahl der Trassenführung eine Rolle spielen. Diese Studie, mit deren Fertigstellung nicht vor Ablauf eines Jahres zu rechnen ist, wird die Entscheidungsgrundlage für die nachfolgenden Planungsschritte sein. Herr Rehm sicherte bei allen Planungen größtmögliche Transparenz gegenüber Bürgern und beteiligten Behörden zu. Er ermunterte in diesem Zusammenhang auch dazu, Ideen und Vorschläge bezüglich der Trassenführung beim Straßenbauamt Rosenheim einzureichen.

Auf Nachfrage konnte Herr Rehm berichten, dass ihm die aktuellen Zahlen der Verkehrserhebungen 2005 vorliegen. Daraus lasse sich aber derzeit weder für die B 304 noch für die Staatsstraße 2080 eine signifikante Zunahme des Verkehrs erkennen. Auch das vermehrte Aufkommen sog. „Mautflüchtlinge“ ist aus den Zahlen nicht abzuleiten. Bei konkreten Planungen müssen aber erneut lokale Verkehrszählungen vorgenommen werden.

Aus der Mitte des Stadtrates wurde darauf hingewiesen, dass die Novellierung des Flächennutzungsplanes bereits in die Wege geleitet worden sei und hier zumindest Korridore für eine oder mehrere Trassen ausgewiesen werden müssen. Laut Herrn Rehm laufen die beiden Planungen vermutlich aber zeitlich konform.

Gefragt nach dem Schutzstatus des Bannwaldes, erklärte Herr Rehm, dass dies im Bedarfsfalle zwar eine sehr schwer zu nehmende, aber nicht unüberwindbare Hürde sei.

Abschließend bedankte sich Bürgermeister Brilmayer bei den beiden Herren für ihr Kommen.

TOP 3

Verschiedenes

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer gab bekannt, dass das Aussiedlerwohnheim im Moossteffl zum 30.04.07 geschlossen wird. Sehr erfreulich sei im Rückblick, dass die Integration der Aussiedler hier in Ebersberg unter Mitwirkung von Kirchen, Volkshochschule, Vereinen, Stadtverwaltung, Anliegern und vielen anderen so vorbildlich funktioniert habe.

Außerdem informierte er den Stadtrat darüber, dass der Antrag der Stadt auf Änderung des Ortsnamens „Sigersdorf“ in die derzeit gebräuchlichere Schreibweise „Siegersdorf“ vom Landratsamt abgelehnt worden sei. Begründet wurde dies vor allem mit historischen Argumenten.

Bürgermeister Brilmayer informierte den Stadtrat darüber, dass bei der zurückliegenden Rechnungsprüfung moniert wurde, dass die Stadt hoheitliche Aufgaben der Friedhofsverwaltung nicht selbst abrechnet. Dies müsse nun durch eine Änderung der Friedhofssatzung korrigiert werden.

Er schlug vor, die Gebührensatzung für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt

Ebersberg wie folgt zu ändern:

in § 1 Abs. 2 wird angefügt:

4. Bestattungsgebühren (§6)

§ 6 erhält folgende Fassung:

Bestattungsgebühren

(1) Die Bestattungsgebühren betragen für:

1. die Grunddekoration der Leichenhalle	47,60 €
2. das Öffnen und Schließen eines Erdgrabes mit Anlegen	
a) Normalgrab bis 1,75 m Tiefe	130,90 €
b) Tiefgrab bis 2,50 m Tiefe	155,89 €
3. Frostzuschlag	19,04 €
4. Bereitstellung der erforderlichen Träger (4 Personen)	109,48 €
5. die Urnenbeisetzung	
a) ohne Feier	30,94 €
b) mit Trauerfeier	41,65 €
6. das Öffnen und Schließen eines Urnengrabes	47,60 €

(2) Bei Kindern vor dem vollendeten 6. Lebensjahr werden 50 % der vorgenannten Gebühren erhoben.

Die Satzungsänderung tritt zum 01.03.2007 in Kraft.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 25 : 0 Stimmen die Satzung wie vorgetragen zu ändern. Die Neufassung der Satzung liegt diesem Protokoll bei.

TOP 4

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadträtin Warg-Portenlänger regte an, den für die Bürgerwerkstatt am 10. März angemeldeten Bürgern vorab die Themenschwerpunkte der Veranstaltung zukommen zu lassen. Bürgermeister Brilmayer sagte die Erledigung zu.

Weiters erkundigte sie sich, ob es bei den Funkantennen auf dem Aussichtsturm Änderungen gegeben habe, einige der Anwohner würden in letzter Zeit über Schlafstörungen klagen.

Herr König erläuterte daraufhin, dass sich Anzahl und Größe der Antennen nicht geändert hätten und im Pachtvertrag bestimmte Frequenzbereiche festgelegt sind. Er sagte aber zu, explizit bei den Betreibern der Antennen nachzufragen.

Außerdem erkundigte Stadträtin Warg-Portenlänger sich nach dem Stand ihrer Anfragen im Technischen Ausschuss vom 16.01.07 bezüglich des Hinweisschildes A94, der Aufgangsrampe Kinderkrippe St. Sebastian und der Parkplätze Kurt-Rohde-Platz.

Stadtrat Gietl dankte Stadtrat Schuder für die von ihm besorgten Anstecknadeln mit Stadtwappen, die zugunsten der Sanierung des Klostersees verkauft werden sollen.

Stellvertretende Bürgermeisterin Anhalt sprach die Probleme mit Randalierern in der Altstadtspassage an und regte an, sich mit der Gemeindeverwaltung Markt Schwaben in Verbindung zu setzen, wo bei ähnlichen Problemen am Bahnhof ein sog. Sicherheitsbeirat eingesetzt wird.

Bürgermeister Brilmayer berichtete zu diesem Punkt, dass derzeit jeden Freitagnachmittag Stadtjugendpfleger Hölzer gemeinsam mit zwei Mediatoren vor Ort mit Hilfe der Methode „Konfliktmanagement“ an einer Verbesserung der Situation arbeitet. Ein möglicher Einstieg in „sicherheitsdienstliche“ Maßnahmen wolle gut überlegt sein und müsste vorab ausführlich im Stadtrat diskutiert werden.

Stadtrat Abinger monierte, dass im und unter dem Baumhäuschen im Schulhof Baldestraße in letzter Zeit vermehrt Müll herumliege und dadurch ein schlampiger Eindruck entstehe. Außerdem schilderte er, dass der Parkplatz am Klosterseebad von ungarischen Landsleuten zur Zwischenlagerung von Sperrmüll missbraucht wird.

Bürgermeister Brilmayer erklärte dazu, dass dies von der Verwaltung schon mehrmals bei der Polizei gemeldet wurde. Stadtrat Lachner regte an zu überprüfen, ob der Stadt als Grundbesitzerin eine Untersagung möglich wäre.

Beginn der öffentlichen Sitzung:	19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung:	21.10 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Seidinger
Schriftführerin